



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Archiv  
des Vorstandes der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn  
26. JUNI 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/139 - 24. Juni 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1                    Botschafter unserer guten Eigenschaften                    45

Warum Lübke in Paris Erfolg hatte

2                                    Südtirol                                    32

Wird der Europarat eingeschaltet?

3 - 4                                Diskussion um Mißstände                                69

Demokratie braucht Mut zur Wahrheit

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta

5                                Niedersachsen hilft den Kommunen                                28

Umfangreiche Entlastung nach einem über  
zehn Jahre festgelegten Plan

\* \* \* \*  
\* \* \*

Botschafter unserer guten Eigenschaften

Warum Lübke in Paris Erfolg hatte

G.M.- Die deutsche Presse berichtete an diesem Wochenende zu Recht von dem "grossen persönlichen Erfolg" des Bundespräsidenten in Paris. Niemand war vor Antritt der Reise Lübkes so mutig, ein solches Ergebnis vorauszusagen. Die umfangreichen Sicherheitsmassnahmen, sowohl von französischer wie auch von deutscher Seite, liessen ahnen, was alles befürchtet wurde. Aber nichts Feinliches ist geschehen.

Sogar die Kommunisten hatten ursprünglich vorgesehene Demonstrationen abgeblasen, weil sie wohl schon nach dem ersten Tage des Aufenthaltes Lübkes in Paris einsehen mussten, dass sich gerade dieser Mann nicht als Zielscheibe antideutscher Kundgebungen eignet. Nur an einem Pariser Bahnhof haben Kommunisten die städtischen Arbeiter daran hindern wollen, neben die Trikolore die Schwarz-rot-goldene Flagge zu hissen.

Die Frage ist berechtigt, warum der Besuch des Bundespräsidenten tatsächlich als Erfolg gewertet werden kann. Zunächst muss festgestellt werden, dass es die Autorität des französischen Staatspräsidenten ist, dessen unerschütterliche Würde in Sprache und Geste Vergangenes überbrückte. Der dem Gastgeber gezollte Respekt übertrug sich auf den Gast.

Aber ebenso gross ist das Verdienst Lübkes selbst an seinem Erfolg, den er stellvertretend für alle Deutschen nach Hause brachte. Ob dem geraden und bescheidenen Westfalen dies bewusst ist, mag offen bleiben; in diesem Falle kommt es auf die Franzosen an.

Der Durchschnittsfranzose stellt sich unter einem Deutschen entweder einen siegreich einmarschierenden Soldaten vor, einen laut redenden Touristen oder einen routinierten Politiker, der aus Gründen der Zweckmässigkeit ein gutes Verhältnis zu Frankreich anstrebt.

Die Tatsache, dass Bundespräsident Lübke und seine Gattin genau das Gegenteil aller dieser auch heute noch in Frankreich sehr landläufigen Vorstellungen repräsentierten, muss wohl die Grundlage für das positive Ergebnis des Staatsbesuches gewesen sein. Bescheidenes Auftreten, Zurückhaltung, unkomplizierte und von Herzen kommende Ansprachen - all' das zusammen führte schliesslich dazu, dass sogar die sehr kritischen Pariser die Gäste aus der Bundesrepublik mit Wohlwollen und Sympathie verabschiedeten.

Dadurch wurde der Bundespräsident zu einem guten Botschafter für Deutschland. Es hat sich gezeigt, dass nicht unbedingt immer das Blendende und Porsche, das Strahlende oder gar herablässig Zustimmung die beste Art ist, um Freunde zu gewinnen. Es kann sein, dass der Bundespräsident durch seinen erfolgreichen Staatsbesuch in Frankreich nun auch innenpolitisch an Gewicht gewinnt. Er hat jetzt den Beweis erbracht, wie entscheidend gerade die von ihm unauffällig dargebotenen guten deutschen Eigenschaften für die deutsche Politik sind.

\* \* \*

Südtirol

sp - Über den am 24. Juni in Zürich begonnenen Südtirol-Verhandlungen zwischen Österreich und Italien liegt ein düsterer Schatten. Die, wie sich bald herausstellte, willkürliche Erschiessung zweier junger Südtiroler durch italienische Wachposten hat den Graben weiter vertieft.

Die Berichte über die sich verschärfende Situation in Südtirol erscheinen nun auch in den Spalten der Weltpresse. Die "New York Times" befürchtet Schwierigkeiten für Europa und tritt dafür ein, dass dieser Streitfall dem Internationalen Gerichtshof in den Haag unterbreitet wird. Der Vorsitzende der Deutschen Sozialdemokratie, Erich O l l e n h a u e r , sagte in einer wohl abgewogenen Erklärung, die Vorgänge in Südtirol müssen jeden mit Sorge erfüllen, "dem an der guten Nachbarschaft zwischen allen europäischen Nationen gelegen ist".

Kündigt sich in diesen besorgten Stimmen eine Internationalisierung dieses Konfliktes an? Noch ist es nicht so weit, noch haben es Wien und Rom in der Hand, im beiderseitigen Interesse liegende Lösungen zu erarbeiten. Bleibt es jedoch bei der Urvereinbarkeit der Standpunkte, dann ist leider zu befürchten, dass dieser Streitfall das Verhältnis zwischen Österreich und Italien unheilbar vergiftet und die Südtiroler zu Verzweiflungsakten getrieben werden. Etwas mehr Grosszügigkeit und Verständnis von italienischer Seite könnte eine solche Entwicklung verhindern. Die Südtiroler und Wien verlangen ja nichts Unmögliches, die Gewährung einer Regionalautonomie für Bozen würde dem Konflikt seine Schärfe nehmen. Die Südtiroler sind, hält die starke Einwanderung von Italienern in ihr Gebiet an, in ihrer Existenz bedroht. Dagegen bäumt sich ihr Rechtsempfinden und ihr Behauptungswille auf. Das hat mit Nationalismus nichts zu tun. Österreich als unmittelbarer Nachbar des stammverwandten Südtirol begeht einen selbstverständlichen Akt von Solidarität; wenn es durch Verhandlungen immer wieder versucht, den Bewohnern Südtirols zu ihrem Recht zu verhelfen.

Diskussion um Mißstände

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Der Oberste Rechnungshof hat dieser Tage, wie alljährlich, dem Nationalrat einen umfangreichen Bericht über Mißstände in der öffentlichen Verwaltung vorgelegt. Der Inhalt dieses Berichtes bot der gesamten österreichischen Presse einen willkommenen Anlaß zur Polemik, wobei sich die sogenannten "unabhängigen" Blätter in wüsten Angriffen gegen demokratische Einrichtungen und vor allem gegen die verstaatlichten Unternehmungen ergingen. Die Wogen der Diskussion um den Rechnungshofbericht schlugen jedenfalls gegenwärtig besonders hoch.

Die Tatsache, daß in der Demokratie Mißstände aufgedeckt und öffentlich erörtert werden, veranlaßt naive Gemüter zu der irrigen Auffassung, daß es solche Mißstände eben nur in der Demokratie gibt, nicht aber in einer Diktatur oder sonst einem autoritären Regime, weil man in diesen so etwas nicht erfährt. Die Sozialistische Partei Österreichs, die sich als einzige rückhaltlos zur Demokratie bekennt, tritt auch für eine wirksame öffentliche Kontrolle ein. Der Präsident des Obersten Rechnungshofes, Dr. Hans Frenzel, ist Sozialist und wurde von der SPÖ für dieses hohe Amt nominiert. Das hindert ihn jedoch mit vollem Recht nicht daran, auch an Einrichtungen - zum Teil mit sehr heftigen Worten - Kritik zu üben, welche sozialistischen Regierungsgliedern unterstehen, wie im Falle von verstaatlichten Betrieben. In objektiver Darstellung weist der Rechnungshofbericht aber auch auf positiv zu wertende Tatsachen hin, so zum Beispiel darauf, daß die verstaatlichte Industrie im Jahre 1960 trotz äußerst niedrig gehaltenen Preise, umfangreicher Eigeninvestitionen und vorbildlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen dem Staat 2,2 Milliarden Schilling an Steuern abgeführt hat.

Die Beanstandungen auf diesem Sektor betreffen hauptsächlich die Leitung der Stickstoffwerke in Linz, des größten verstaatlichten Chemiebetriebes in Österreich. Dem Generaldirektor Viktor Eueber, einem Sozialisten, wird vorgeworfen, rund 160 Millionen Schilling ungegerechtfertigt an Provisionen ausgegeben zu haben. Das Parlament wird sich damit zu beschäftigen haben, doch gibt man in besonnenen Kreisen jetzt schon zu bedenken, daß Provisionszahlungen in der heutigen Wirt-

schaft üblich sind und daß ja schließlich auch die verstaatlichten Betriebe nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden. Wie immer man sich dazu stellt, müßte man sich doch auch Gedanken darüber machen, wie etwa das Ergebnis einer ähnlichen genauen Überprüfung in Betrieben der Privatwirtschaft aussehen würde.

An eine solche Kontrolle ist wohl kaum zu denken. Die ÖVP verhindert sogar eine Kontrolle jener Betriebe, die als Konzernbetriebe der verstaatlichten Banken in Wahrheit ja auch staatseigene Betriebe sind. Im Jahre 1946 wurden alle österreichischen Großbanken verstaatlicht und dem ÖVP-Finanzministerium unterstellt. Diese Banken besitzen zahlreiche wichtige Großbetriebe, die praktisch auch mit verstaatlicht wurden, in die aber der Rechnungshof mangels gesetzlicher Bestimmungen nicht Einschau nehmen kann.

Die Sozialisten leugnen gar nicht, daß es auch in den von ihnen geführten Ressorts Mißstände und Unzukömmlichkeiten gibt, aber sie tun unverzüglich alles, um diese abzustellen. Anders die ÖVP: Sie nimmt in den Ressorts ihrer Regierungsmitglieder mit völliger Gelassenheit hin, daß der Rechnungshof alljährlich die gleichen Mißstände anprangert. Dazu gehören beispielsweise die riesigen Subventionen des ÖVP-Landwirtschaftsministeriums an reiche und feudale Rennvereine. Für Kultur, Wissenschaft und Hochschulen hat der ÖVP-Finanzminister Dr. Josef Klaus kein Geld, doch für die edlen Rennpferde eines einzigen Vereins spendete sein Parteifreund, Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Eduard Hartmann, im Vorjahr eine Million Schilling und für heuer hat er sogar ein- und einviertel Millionen vorgesehen.

Im Bereich des Landwirtschaftsministeriums hat der Rechnungshof auch eine unvorstellbare Mißwirtschaft und Schlamperci bei der Abrechnung von Baukosten für Wasserbauprojekte festgestellt. Schließlich wurde auch beanstandet, daß man für den Generaldirektor der Bundesforste, Dr. Alois Aicher, einen Mercedes 220 SE angeschafft hat, obwohl laut Kraftfahrzeugplan des Bundes diesem Herrn nur ein bescheideneres Gefährt zusteht. Aber vielleicht gelangt er mit dem teuren Wagen besser nach Bodensdorf am Ossiachersee, wo ein Seegrundstück, das seiner Verwaltung untersteht, nicht der Gemeinde verkauft werden soll, die dort ein öffentliches Strandbad errichten will, sondern an Privatpersonen aus dem In- und Ausland zum Bau von Luxusvillen.

Niedersachsen hilft den Kommunen

K. R. - Hannover

Die niedersächsische Landesregierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf will in ihrem Lande an der Zonengrenze für eine moderne und praxisnahe Finanzreform Sorge tragen, die - unter Berücksichtigung struktureller Veränderungen - die Kommunen wesentlich entlasten wird. Ausgehend davon, dass der Finanzausgleich zu einer Verbesserung der kommunalen Struktur beitragen muss, hat die niedersächsische Landesregierung weitgesteckte Ziele vor Augen, deren konsequente Durchsetzung sie schon vorbereitet.

In Niedersachsen wird die Kfz-Steuer nach den vorliegenden Plänen in den Steuerverbund eingeplant. 15 vH. davon sind als zusätzliche Zuwendung für die niedersächsischen Gemeinden vorgesehen. Weitere quantitative Verbesserungen sind auf dem Gebiet der Schullasten geplant.

Es geht vor allem in Niedersachsen, wo von 50 Landkreisen viele lebensunfähig sind und viele der rd. 4200 Gemeinden ausserordentlich differenzierte bevölkerungspolitische wie soziologische Gegebenheiten haben, auch auf dem flachen Lande gleiche Bildungsmöglichkeiten zu schaffen.

Niedersachsen ist heute eines der dem Kommunalproblem aufgeschlossenen Länder der Bundesrepublik. Das wird darin deutlich, dass nach einem über zehn Jahre festgelegten Stufenplan eine finanzielle Entlastung der Kommunen um insgesamt 425 Millionen DM und dann jährlich um 77 Millionen DM erfolgen wird.

Trotz dieser kommunalfreundlichen Landespolitik wartet aber Niedersachsen auf den echten Finanzausgleich zwischen Bund und Gemeinden. Die Grenze der Verschuldung ist in mancher niedersächsischen Gemeinde erreicht. Man bekam gerade im Lande an der Zonengrenze deutlich zu spüren, dass die gegenwärtige Bundestagsmehrheit mit ihrer Bundesregierung keine kommunalfreundliche Regierung war.

-----+ + +-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel